

FÜR EINEN GERECHTEN UND DAUERHAFTEN FRIEDEN FÜR ALLE GERECHTIGKEIT UND FREIHEIT FÜR DIE PALÄSTINENSER-INNEN GAZA: STOPP DER MILITÄRISCHEN AGGRESSION UND DER BLOCKADE

Für die Anwendung des internationalen Rechts

**Stopp der militärischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Israel
und den Waffenverkäufen an alle Staaten der Region**

Gesamtschweizerische Demonstration

Samstag 23. August 2014, 14 Uhr, Bern, Schützenmatte

Seit dem 8. Juli versetzt die israelische Armee die Bevölkerung des Gazastreifens durch eine militärische Aggression in Angst und Schrecken, die noch mehr Opfer fordert als frühere Angriffe. Die grosse Mehrheit der über 2'000 Toten und 10'000 Verletzten sind Zivilpersonen. Entkräftet durch die seit sechs Jahren von Israel auferlegte und von der europäischen Gemeinschaft, den USA und anderen regionalen Mächten unterstützte Blockade, fristet die gesamte Bevölkerung (rund 2 Mio. Menschen) ein Leben unter fürchterlichen Bedingungen, schutzlos und ohne Zufluchtsort: Eine humanitäre Katastrophe.

Stopp aller Angriffe auf die Zivilbevölkerungen

Eine gerechte Lösung für den Nahostkonflikt kann erst gefunden werden, wenn die Gewalt gegen alle Zivilbevölkerungen gestoppt wird, die Menschenrechte eingehalten werden und das Völkerrecht zur Anwendung gelangt. Die Zivilbevölkerungen sollen keine Angst vor bewaffneten Angriffen haben müssen. Angesichts der höchst ungleichen Opferzahlen und der jahrzehntelangen schweren Verletzungen des humanitären Völkerrechts, insbesondere der IV. Genfer Konvention, der grundlegenden Menschenrechte und zahlreicher Resolutionen der UNO seitens Israels – handelt es sich aber in keinem Fall um eine Symmetrie der israelischen und palästinensischen Verantwortung.

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

So lange der Staat Israel von der internationalen Straffreiheit profitiert, die wiederholten Tötungen von Zivilistinnen und Zivilisten in Kauf nimmt und eine Politik der Annexion und der Besiedlung von palästinensischem Land, der Massenverhaftungen, der Leugnung des grundsätzlichen Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, der Häuserzerstörungen und des Baus der Mauer fortführen kann, werden die schweren Verstösse gegen das Internationale Recht, gegen Menschenrechte und die IV. Genfer Konvention weiter gehen.

Darum fordern wir, dass die schweizerische, die europäischen, und die nordamerikanischen Regierung ihre komplizenhafte Politik mit Israel aufgeben und eine aktive Friedenspolitik, auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Menschenrechte betreiben.

Wir drücken unsere Solidarität mit sämtlichen Opfern des Konflikts aus, verlangen den sofortigen Stopp aller Gewalt und sämtlicher kriegerischen Handlungen , insbesondere die vollständige Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens.

Wir müssen politischen und wirtschaftlichen Druck ausüben, indem wir den alltäglichen zivilgesellschaftlichen Basiswiderstand in Palästina und die israelischen Friedenskräfte unterstützen.

Vom Bundesrat verlangen wir

- **den Stopp jeglicher militärischer Kooperation und rüstungsindustrieller Zusammenarbeit mit Israel und allen anderen Staaten des Nahen Ostens. Die Schweiz muss umgehend und definitiv auf den Kauf von israelischen Drohnen verzichten;**

- konkreten diplomatischen und wirtschaftlichen Druck, bis sich Israel aus allen besetzten palästinensischen Gebieten zurückzieht, das Internationale Recht anwendet und die unveräusserlichen Rechten des palästinensischen Volkes anerkennt;
- das Angebot von guten Diensten dank der Kontakte, die die Schweiz mit der palästinensischen wie auch der israelischen Regierung unterhält zur Vermittlung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Israel/Palästina. Die Schweiz hat explizit die Bildung der palästinensischen Einheitsregierung unterstützt (EDA, 3.6.14);
- das Einsetzen einer durch die UNO geführten internationalen Friedenstruppe zu unterstützen, welche die Bewegungsfreiheit und den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza garantiert;
- als Depositärstaat der Genfer Konventionen auf offiziellen Antrag Palästinas bis Ende Jahr eine Konferenz einzuberufen zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und diese mit eigenen substantiellen Vorschlägen umfassend vorzubereiten;
- international eine Vorreiterrolle zu übernehmen und vom UNO-Sicherheitsrat zu verlangen, mittels einer Überweisung der Situation im jetzigen und in früheren Gazakonflikten an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC), um die zahlreichen Vorwürfe wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen untersuchen und die Verantwortlichen aller Konfliktparteien vor Gericht bringen zu können, um damit der Straflosigkeit ein Ende zu setzen;
- von Israel Schadenersatz zu fordern für die Zerstörung der von der Schweiz im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und als einer der grössten Geberstaaten des UNO-Hilfswerks UNRWA für die palästinensischen Flüchtlinge mitfinanzierten Infrastruktur in Gaza;
- die Aufnahme von palästinensischen Flüchtlingen;
- die Fortführung und den Ausbau der bisherigen Unterstützung der humanitären Hilfe und der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit in den palästinensischen Gebieten.

Übereinkommen zum Verhalten an der Demonstration

Wir fordern Respekt und Toleranz gegenüber allen Konfessionen und Nationalitäten auf Grundlage der gemeinsamen Plattform. Wir werden jede Form von Hasspropaganda, Rassismus und Antisemitismus von der Demo verbannen und das Verbrennen von Fahnen unterbinden.

Wir wollen eine gewaltfreie Kundgebung mit klaren inhaltlichen Botschaften. Wir zählen auf eure Unterstützung! Dieses Übereinkommen ist Bestandteil des Demonstrationsaufrufes und wurde von den organisierenden und unterstützenden Organisationen gutgeheissen.

Folgende Organisationen unterstützen den Demonstrations-Aufruf: (Stand 15.08.14)